

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 130

Donnerstag, den 7. Juni 1923

18. Jahrgang

Französische Wünsche — deutsche Gegenwünsche.

Es ist nicht uninteressant, angesichts des Garantieangebots der deutschen Industrie an die Reichsregierung und der sich anbahnenden Möglichkeit einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems einen Blick auf gewisse Vorgänge zu werfen, die sich in Paris hinter den Kulissen abspielen und irgendwie auf eine latente Schwärzung der französischen Politik gegen Deutschland hindeuten können. Zwei verschiedene Strömungen ringen in Frankreich schon seit Monaten miteinander: die nationalisierende, für die es nur eine Eroberungspolitik gibt, und die industrielle, die eherner Interessen und Vorteile wegen den Weg der Verhandlungen mit Deutschland für den verständigeren hält, um zum Ziel zu kommen. Die Auswirkungen dieses inneren Kampfes haben sich in letzter Zeit mehrfach gezeigt: Einmal ist es innerhalb der Industrie insofern zu einer Klärung und Scheidung gekommen, als die am Ruhrkoks und an der Erhaltung des rheinisch-westfälischen Absatzmarktes hervorragend interessierte de Wendel-Gruppe sich durchsetzte und den Sieg über die zur nationalisierenden Richtung und militärischen Eroberung des Ruhrgebietes neigende Schneider-Gruppe davontrug, die dann auch aus dem Komitee austrat.

Infolgedessen hat nun de Wendel die Führung und beginnt energisch für eine Verständigung am armen Tisch Stellung zu nehmen. Da die de Wendel-Gruppe wie überhaupt die im Komitee des Vorgesetztenvereins versammelten französischen Schwerindustrie zu einer der mächtigsten und einflussreichsten Gruppen in Frankreich gehört, darf die Verschiebung der Verhältnisse keineswegs unterschätzt werden, zumal auch Präsident Millerand dem Standpunkt der Industrie zugeneigt scheint; wenigstens wurde so etwas in der französischen Presse wiederholt angedeutet. Und Poincaré selbst scheint sich nicht mehr ganz sicher zu fühlen, zumal industrielle Kreise heftig gegen ihn Sturm laufen und kein Tag vergeht an dem ihm die Presse der Industrie nicht vor Augen hält, wie nämlich die Ergebnisse seiner Aufrichtung sind, und daß es doch wohl besser wäre, wenn ein Geeigneter seinen Platz einnehmen würde. Das Vertrauensvotum nach der mehrwöchigen Ruhrdebatte in der Kammer, in der der nationalisierende Block den Ausschlag gibt, hat allerdings erneut gezeigt, daß die Wünsche der französischen Industrie im Parlament noch keinen Widerhall finden.

Es ist natürlich schwer vorzuschlagen, wann die französische Industrie auf dem Plan erscheinen wird, um mit Erfolg die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs gegen die nationalisierenden Wünsche des Herrn Poincaré und seiner Getreuen in die Waagschale zu werfen. Man würde sich jedoch einer bitteren Täuschung hingeben, wenn man annehmen wollte, daß diese wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zu annehmbaren Forderungen an Deutschland führen würden: soviel ist bereits zu uns gedrungen, daß man in Frankreich ernsthaft mit dem Plan umgeht, eine Beteiligung an der deutschen Industrie zu verlangen, d. h. die deutsche Industrie soll sich zu einem erheblichen Teil dem französischen Rentner dienstbar machen. Ein solcher Plan wird jedoch auf deutscher Seite auf entschiedenen Widerstand stoßen, da es nicht angeht, eine Ueberforderung der deutschen Industrie durch französisches Kapital hinzunehmen. Infolgedessen liegt es jetzt an der deutschen Regierung, hervorzutreten und Frankreich ein durch die Industriebranche besonders wertvolles und gesichertes Reparationsangebot zu machen, dessen Ablehnung Frankreich nach Möglichkeit zu erschweren ist. Dafür muß aber von deutscher Seite unbedingt die Forderung aufgestellt werden, uns nach jeder Richtung hin wirtschaftliche Freiheiten zu gewähren. Solche bestehen natürlich auch darin, uns von jeder überflüssigen Abgabe zu befreien, damit die gesamten deutschen Einnahmen erhöht und zusammengehalten und dem deutschen Wirtschaftsleben zur Aufbringung der Reparationsmilliarden wieder zugeführt werden können. Auf diesen Punkt ist bei den bevorstehenden Verhandlungen das größte Gewicht zu legen; denn wenn es uns gelingt, jeden fremden Druck auf die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft zu beseitigen, dann ergibt sich ohne weiteres eine Klärung der Milliarden lösenden Rheinland- und Ruhrfrage. Nur in diesem Sinne ist das Industrieangebot aufzufassen und nicht anders.

Die Weltfrage der Reparationen.

Zustimmung der Koalitionsparteien zur deutschen Note.

Der Empfang der Parteiführer durch den Reichszentralrat hat zu einer weitgehenden Klärung der parlamentarischen Lage geführt. Das Kabinett Cuno hat in bezug auf Inhalt und Richtung der neuen Denkschrift die Zustimmung der drei Koalitionsparteien erhalten. Die Sozialdemokraten haben erklärt, daß sie in diesem oder jenem Punkt vielleicht eine andere Auffassung vertreten, doch könne man darüber, wenn überhaupt es nötig sein sollte, zu einem späteren Zeitpunkt sprechen, und jedenfalls stehe von ihrer Seite der Abfassung des Memorandums nichts entgegen. Auch die Bedenken der Deutschnationalen sind nicht solcher Natur, daß sie mit Veröffentlichung der neuen Note etwa in grundsätzliche Opposition gegen die Regierung Cuno zu treten gedenken. Ihre Befürchtungen gehen anscheinend in der Richtung, daß die Reichsregierung sich Bindungen auferlegen lassen könnte, ohne zuvor der entsprechenden Gegenleistungen der anderen Seite zu sein, aber diese Sorge wird auch in den anderen Parteien geteilt.

Eine Debatte im Reichstag ist erst zu erwarten, wenn die weitere Entwicklung eine Stellungnahme des Parlaments erforderlich machen sollte. In parlamentarischen Kreisen nimmt man aber an, daß das zunächst nicht der Fall sein werde.

Die Veröffentlichung der deutschen Note findet erst am Freitag früh statt.

Die Brüsseler Konferenz.

Wie die Agence Havas aus Brüssel meldet, hat die französisch-belgische Ministerkonferenz am Mittwoch im Außenministerium begonnen.

Nach dem „Journal des Debats“ wird in dieser ersten Sitzung, an der nur die Minister selbst teilnehmen, ein Meinungsaustausch über die Reparationsfrage im allgemeinen Sinne des Wortes stattfinden. Das von der belgischen Regierung kürzlich in Paris überreichte Memorandum werde naturgemäß in den Besprechungen einen breiten Raum einnehmen. Die Minister würden sich auch mit dem bevorstehenden deutschen Angebot beschäftigen. Die belgische Regierung habe den lebhaftesten Wunsch, daß auf die deutschen Vorschläge eine gemeinsame Antwort der Alliierten erteilt werden könnte.

Das Brüsseler Kommuniqué.

Nach der Unterredung zwischen Poincaré, Theunis und Jadart, die mehr als eine Stunde gedauert hat, sind die Sachverständigen zur Teilnahme an den Beratungen berufen worden. Die Sitzung dauerte bis 6 1/2 Uhr. Sofort nach deren Beendigung ist das folgende Kommuniqué ausgegeben worden:

Die belgische und die französische Regierung haben heute die gemeinsame Erklärung der verschiedenen durch die Ruhrbesetzung aufgeworfenen Fragen fortgesetzt. Sie haben restlos alle ihre früher gefaßten Beschlüsse aufrecht erhalten, namentlich was die Bedingungen betrifft, unter denen die Räumung des Ruhrgebietes nach Zahlung der Reparationen erfolgen wird, und was die Verpflichtung Deutschlands betrifft, vor jeder Räumung seiner Vorschläge dem passiven Widerstand ein Ende zu bereiten. Die beiden Regierungen haben das Programm neu zu ergreifender Maßnahmen geregelt, um den Druck zu verstärken und um Deutschland zu einer raschen Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Daily Telegraph zur Brüsseler Konferenz.

Ginsichtlich der Brüsseler Konferenz wird in einem Artikel des „Daily Telegraph“ betont, daß England eine Priorität der deutschen Zahlungen für die zerstörten Gebiete nicht annehmen könne. Ebenso hätte der Bedanke abgelehnt werden müssen, daß die Schulden der Alliierten gegenüber England auf Deutschland übertragen würden, schon deswegen, weil Deutschland ein weniger leistungsfähiger Schuldner wäre. Der belgische Zahlungsplan, soweit er sich auf die Eisenbahnen und gewisse Monopole bezieht, findet in England im allgemeinen Zustimmung. Im übrigen aber hätten die Sachverständigen immer die Ausfuhrabgabe als beste Garantie betrachtet, weil sie Goldergebnisse abwerfe. Als Ergänzung könnten auch gewöhnliche Zollmaßnahmen hinzugezogen werden, so daß drei Grundlätze für einen solchen Reparationsplan gegeben seien: 1. Exportabgabe und Zölle, 2. Monopole für Getränke und Tabak, 3. Eisenbahnen.

Baldwin für eine endgültige Lösung.

Ein Auslandsmitarbeiter des „Echo de Paris“, der sich in London aufhält, um sich über die englische

Auffassung der Reparationsfrage zu unterrichten, teilt mit: Die von Baldwin angeordneten Sachverständigenberatungen über die Reparationsfrage seien beendet. Der Berichterstatter glaubt, daß Baldwin möglicherweise selbst eine allgemeine Kontrolle über die Reparationsfrage eröffnen werde. Er warnt das französische Volk vor Illusionen und schreibt: Zunächst müsse man sich völlig darüber klar sein, daß die Regierung Baldwin eine Regierung von Dauer sei, und daß man mit ihr alle die Elemente cordiale beruhigenden Fragen zu regeln haben werde. Das französische Volk müsse sich vor der Annahme hüten, daß eine Veränderung der englischen Politik eintreten könne oder daß Baldwin den Franzosen Zusicherungen machen werde. Das Schicksal habe in den letzten Wochen die Aufgabe gehabt, den Plan Bonar Law in einigen Punkten abzuändern. Es scheint sicher zu sein, daß diese Abänderungen sämtlich in der Richtung einer Abänderung der französischen Auffassung liegen. Man werde im englischen Plane Dispositionen bezüglich der Idee der Notwendigkeit eines Moratoriums wieder finden, die den Franzosen ganz und gar nicht sympathisch sei. Man hege Misstrauen gegen die Pläne und sei der Ansicht, daß es notwendig sei, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes verringerte Leistungsfähigkeit der Deutschen von neuem abzusichern. Was eine Annäherung Englands an Frankreich veranlassen könnte, wäre die Aussicht auf eine allgemeine endgültige Regelung der Reparationsfrage. Die englische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß eine vorläufige Regelung keine Regelung sei und den Kredit Deutschlands nicht wiederherstellen würde. Sie würde es Deutschland nicht ermbilligen, eine nennenswerte Anleihe aufzunehmen, und würde ihm wieder gestatten, so wenig wie möglich zu bezahlen. Eine endgültige Regelung würde unmittelbar bewirken, daß die gesamte Welt mit einer neuen Welle des Vertrauens und des Optimismus erfüllt und die Wiederaufnahme der Geschäfte begünstigt würde. Der Berichterstatter glaubt, daß Baldwin sicher darauf bestehen werde, daß England seinen gerechten Anteil an den Reparationen erhalte. In der Reparationsfrage selbst müsse man Schwierigkeiten voraussehen. Dagegen werde Baldwin wahrscheinlich in der Frage der Räumung des Ruhrgebietes und hinsichtlich des passiven Widerstandes keine Einwendungen erheben, oder sich wenigstens bemühen, für die französische und die belgische Regierung eine annehmbare Formel zu finden. Das englische Kabinett sei geneigt, alles Mögliche zur Sicherung Frankreichs zu unternehmen.

Aufforderung der Times an Baldwin.

Sehr bezeichnend ist es für eine in England vorhandene Strömung, die den Wunsch hat, den europäischen Konflikt endlich einmal zur Ruhe zu bringen, daß Baldwin abermals in einem Leitartikel der „Times“ erwähnt wird, der gegenwärtigen unheilbaren Lage ein Ende zu machen. Man könnte die Verhältnisse im Ruhrgebiet ohne Ueberreibung dahin kennzeichnen, daß die Franzosen eine Herrschaft des Terrors errichtet hätten. Der englische Handel werde durch die Besetzung sehr geschädigt. Der vollständige finanzielle Zusammenbruch Deutschlands sei unabweislich, wenn die französische Politik nicht eine sofortige und vollkommene Wende erfahre. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß Belgien gerne aus dem Ruhrabenteuer herauskommen möchte, und es sei zu hoffen, daß die Brüsseler Verhandlungen zu einer allgemeinen interalliierten Aussprache führen werden.

Gegenströmung auch in Frankreich!

Es steht sogar so aus, als ob nicht nur in England, sondern auch in Frankreich mehr Leute mit der Ruhraktion uneinverstanden sind, als man gemeinhin annimmt. Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ teilt nämlich mit, Frankreich sei anscheinend bereit, den Charakter der Ruhrbesetzung einschneidend zu ändern, vorausgesetzt, daß Großbritannien und Italien ihren Platz an seiner Seite einnehmen und zu sehen, daß die deutschen Anstrengungen, zu zahlen, wichtiger seien. Die Stimmung in Frankreich sei so stark wie je dafür, daß keine Notwendigkeit zur Anwendung von Gewalt bestände, wenn sich Großbritannien der Ueberforderung der deutschen Bemühungen anschloße.

Und Poincaré?

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt zu den Erklärungen Baldwin gegenüber dem Vertreter des „Petit Parisien“ bezüglich der Sicherheit Frankreichs, daß es von einem sehr hohen französischen Beamten nichtbezüglich erklärt worden, daß Frankreich im

ngen.
wird
abgeschlossen
Wahlbere
und Fut
Fabrikdire
Einzelver
inigen Ver
schen Reich
r-Sandwert
hig und
richtsbezie
ant worden,
die Aue, Ei
betreibende,
Anteilsband
für das
erk für die
Schneberg,
ber Kommiss
ragt, mache
gegen die
nördlich in
auszuweisen
ist.
während des
n wöchigen
erfolgen.
de in den
Schneberg
ndwert be
merken auf
men lassen.
ia aufstimm
unters ein
ntscheidung
nt, nur die
es bei mit
chtung der
Ruanabver
er gestellten
inziehen.
ommiffar.
Stabtrat.
uf von
s, Farben,
sufboden-
ackfarben,
sartikeln
den Billig-
reisen bei
Bauer,
7 und 11.
658.
fo
ert billigt
r Zeit
lauger
fabrik, nur
n Wettinpla
mpen
euweik,
ien, Al-
piter, Sei-
elle all. Art
Preise
Klebstoff. 9.
immer
esuht.
Preis-
T. 1959
t. b. 81.
tausch.
mm.(Mani.)
h. Em.mögl.
Zeitschrift ob.
den. — Nur
ein mal ihre
1961 in der
niederlegen.
hter
ulen 8-
e 27, 1 z.
gens
stiel,
nd braun,
penjade
e 66, 111.

Anzeigenpreise für Anzeigen eine Seite und
Längens 400 Mark, einseitige Seite
1000 Mark, Kolumnen-Preise 1000
Mark. — Bei größeren Abmachungen
entsprechender Rabatt.
Postfach-Nr. 1040